

---

## I N L A N D

---

- Schönborn: "In dieser Zeit ist es gut, Buße zu tun"** 2  
Aschermittwochsmesse im Wiener Stephansdom: Kardinal erwähnt "Erschütterung der Kirche durch Skandale und Vergehen"
- Klagenfurt: Hunderte bei Schweigemarsch für freien Karfreitag** 2  
Veranstalter evangelische und katholische Kirche in Kärnten sowie Altkatholiken richteten an politischen Aschermittwoch der ÖVP in Messearena Appell, Karfreitagsregelung zu überdenken - Auch Aschermittwoch-Liturgie in Klagenfurt ökumenisch begangen
- Katholische Frauenbewegung zum 8. März: "Machtfrage stellen"** 3
- Katholische Aktion begrüßt verpflichtenden Ethikunterricht** 4
- Kärnten: Ordensmann mahnt in Kirche "wertschätzenden Umgang" ein** 5
- Aktion "Familienfasttag" in ganz Österreich angelaufen** 6
- "Trauung für alle": Evangelische Synode ringt um Kompromiss** 7
- Orden und Sozialakademie erklären die christliche Soziallehre** 8
- Wien: Nationalratsabgeordnete besuchten St. Elisabeth-Stiftung** 9
- Salzburg: Klinikum Schwarzach feiert 175-jähriges Jubiläum** 10

---

## V A T I K A N & R O M

---

- Franziskus teilt Aschenkreuz aus: "Versklavung durch Dinge beenden"** 10  
Messe in Santa Sabina - "Wer Priorität auf äußeres Erscheinungsbild, Geld, Karriere oder sein Hobby legt, wird früher oder später von diesen Dingen beherrscht"
- Papst-Vertreter in Rom kritisiert Ausgrenzen von Laien** 11
- Philippinischer Kardinal Quevedo wird 80: Noch 122 Papstwähler** 11

---

## A U S L A N D

---

- Missbrauch nicht angezeigt: Bewährungsstrafe für Lyons Erzbischof** 12  
Von französischem Gericht zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilter Kardinal Barbarin will Papst seinen Amtsverzicht anbieten - Anwälte kündigen Berufung an
- Religionsvertreter: Erinnerung an NS-Opfer unverzichtbar** 13  
Vertreter der deutschen Bischofskonferenz, des EKD und der allgemeinen und orthodoxen Rabbinerkonferenz bei Treffen in Frankfurt - Bischof Neymeyr: Kirche muss Erbe antijüdischer Vorurteile überwinden
- Tschechien: Kardinal Duka reichte Anzeige wegen Missbrauchs ein** 13
- "Iustitia et Pax"-Appell an künftiges EU-Parlament** 14
- Kirche in Südafrika erinnert an "stille Flüchtlingskrisen"** 15
- Deutsches Martyrologium des 20. Jahrhunderts aktualisiert** 15
- Bartholomaios gegen panorthodoxe Versammlung über Ukraine-Problem** 16
- Proteste begleiten Gebet der "Frauen der Klagemauer"** 17

---

## I N L A N D

---

### Schönborn: "In dieser Zeit ist es gut, Buße zu tun"

**Aschermittwochsmesse im Wiener Stephansdom: Kardinal erwähnt "Erschütterung der Kirche durch Skandale und Vergehen"**

Wien, 06.03.2019 (KAP) Kardinal Christoph Schönborn hat in der Aschermittwochsmesse im Wiener Stephansdom an die Anfechtung des Glaubens in unserer Zeit erinnert. Er erwähnte den seit Jahren herrschenden Krieg in Syrien, der das ständige Gebet um Frieden des Papstes und der dort lebenden Menschen scheinbar vergeblich sein lässt, und er nannte die Erschütterung der Kirche durch Skandale und Vergehen. "In dieser Zeit tut es gut, Buße zu tun, selbst wenn wir sagen: 'Ich habe das nicht getan'. Aber es geht um das Füreinander", so der Wiener Erzbischof. Er zitierte den Propheten Joel, der in der Tageslesung zu Wort kommt: "Hab Mitleid, Herr, mit deinem Volk, und überlass dein Erbe nicht der Schande, damit die Völker nicht über uns spotten."

Fasten soll nach den Worten des Kardinals auch ein kleines Zeichen sein, "dass es nicht selbstverständlich ist, dass es uns gut geht". Es sei

weiter ein Zeichen, "dass wir Buße tun für Lieblosigkeit, für andere, für unsere Kirche". Der primäre Auftrag sei, dass wir zu unserem Nächsten liebevoller sind. "Dann wird es auch etwas mehr Frieden geben", so Schönborn.

Beim Gebet wiederum sei es so, dass sich seine Bedeutung auch daran zeige, dass das Leben leer werde, wenn man sich nicht an Gott erinnere; "wir sind oft so weit weg von ihm". Es sei jedenfalls wichtig, zu wissen, dass es auch eine Wirkung des Gebets, das ein anderer praktiziere, für die glaubensferneren Menschen gebe, so Schönborn.

Konkret erwähnte er das Gebet von Menschen in Bedrängnis, "ob in Syrien oder anderswo". Sie erreichten durch ihr Beten zwar nicht den sofortigen Frieden, aber "wer weiß, was aus diesen Gebeten der bedrängten Menschen uns zugute kommt?", gab der Kardinal zu bedenken.

### Klagenfurt: Hunderte bei Schweigemarsch für freien Karfreitag

**Veranstalter evangelische und katholische Kirche in Kärnten sowie Altkatholiken richteten an politischen Aschermittwoch der ÖVP in Messearena Appell, Karfreitagsregelung zu überdenken - Auch Aschermittwoch-Liturgie in Klagenfurt ökumenisch begangen - Grazer Ökumene-Verantwortlicher für jüdischen und muslimischen Feiertag statt Marienfeiertage**

Klagenfurt-Graz, 07.03.2019 (KAP) Bei einem ökumenischen Schweigemarsch in Klagenfurt haben am Abend des Aschermittwochs mehrere hundert Menschen für die Einführung eines "Karfreitags für alle" und gegen die zuletzt von der türkisch-blauen Regierung präferierte Regelung eines "persönlichen Urlaubstages" Stellung bezogen. Ziel des von der evangelischen Kirche in Kärnten und Osttirol, der römisch-katholischen Kirche in Kärnten und der altkatholischen Kirche veranstalteten Marsches war laut einem Bericht des Evangelischen Pressedienstes (epdÖ) die Messearena, wo die ÖVP ihren "politischen Aschermittwoch" abhielt.

Superintendent Manfred Sauer, Diözesanadministrator Engelbert Guggenberger und der

altkatholische Bischof Heinz Lederleitner überreichten eine gemeinsame Erklärung nicht an den eigentlichen Adressaten Sebastian Kurz, sondern an den Kärntner VP-Landesrat Martin Gruber, der den unabhkömmlichen Bundeskanzler vertrat. Sauer unterstrich das Anliegen der Kundgebung, "auf den Beschluss der Bundesregierung zum Karfreitag einwirken" zu wollen. Es solle deutlich werden, "dass wir diese Entscheidung nicht hinnehmen, dass wir weiterhin dafür eintreten, dass die neue Regelung aufgehoben wird und der Karfreitag ein Feiertag für alle wird", zitierte ihn der epdÖ.

Landesrat Gruber versicherte, es sei "das demokratische Recht, so eine Erklärung zu übergeben, und ich werde sie gerne weiterleiten".

Zum Inhalt des Schreibens selbst wollte Gruber auf epdÖ-Anfrage ebenso wenig Stellung beziehen wie Bundeskanzler Kurz.

In der bereits am 1. März veröffentlichten ökumenischen Erklärung hatten Superintendent Sauer und Diözesanadministrator Guggenberger für einen Abtausch von Karfreitag und Pfingstmontag plädiert und ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass "fast ausschließlich wirtschaftliche Argumente ins Treffen geführt werden, während die religiöse Bedeutung dieses Tages zu wenig in den Blick genommen wird". Sie seien der Überzeugung, dass ein gemeinsamer Feiertag am Karfreitag in einem Land, das wesentlich vom Christentum geprägt sei, "mehr als angemessen" wäre.

Die Österreichische Bischofskonferenz hatte am Montag zu dem Schweigemarsch am Aschermittwoch erklärt, "Demonstrationen wie die in Kärnten angekündigte entsprechen nicht der Position der katholischen Bischofskonferenz". Diese akzeptiere die im Parlament beschlossene Regelung, wonach jeder in Österreich das Recht hat, den Karfreitag als persönlichen Feiertag zu begehen, so der Presseverantwortliche der Bischofskonferenz, Paul Wuthe.

#### **Gemeinsame Aschermittwoch-Liturgie**

Nach der Kundgebung, an der nach Angaben der Veranstalter zwischen 800 und 900 Menschen - darunter auch der Fachinspektor für den islamischen Religionsunterricht, Esad Memić - teilnahmen, fand eine gemeinsame Feier der katholischen Aschermittwoch-Liturgie mit der Austeilung des Aschenkreuzes im Klagenfurter Dom statt. Diözesanadministrator Guggenberger be-

zeichnete dabei die Fastenzeit als Einladung, das Christsein als Berufung und Verantwortung, als Gabe und Aufgabe gleichermaßen wahrzunehmen. Es gehe darum, "das eigene Leben zu befragen und zu hinterfragen" und auch sein Christsein neu in den Blick zu nehmen.

Beten, Fasten und Almosen geben sind nach den Worten Guggenbergers konkrete Anstöße dazu. Er forderte die Bereitschaft ein, "sich in eine Solidarität mit denen einzuüben, die schlechtere Ausgangschancen hatten".

#### **Auch Feiertage für andere Religionen?**

Unterstützung für den Vorstoß der Kirchen in Kärnten, den Karfreitag statt des Pfingstmontages als arbeitsfreien Feiertag für alle vorzusehen, kam am Donnerstag aus der Steiermark. Der Grazer Stadtpfarrpropst Christian Leibnitz plädierte dafür und ging in der "Kleinen Zeitung" noch einen Schritt weiter: Im Sinne eines interreligiösen Respekts sollten auch Marienfeiertage für die katholische Kirche verhandelbar sein. Den 8. Dezember (Maria Empfängnis) und den 15. August (Maria Himmelfahrt) könne man "abtauschen" gegen das jüdische Jom Kippur und einen hohen muslimischen Feiertag, etwa den ersten Tag des Opferfestes. "Das wären dann auch staatliche Feiertage für alle Österreicher", schlug Leibnitz - er ist auch Leiter des Ökumenischen Forums in der Steiermark - vor.

Diese Variante solle dann die Debatte zwischen den Religionen und der Politik beenden, meinte der Stadtpfarrpropst. Nachsatz: "Denn ich verstehe natürlich auch, dass die Regierung keine weiteren staatlichen Feiertage einführen will."

## **Katholische Frauenbewegung zum 8. März: "Machtfrage stellen"**

**Kfbö-Vorsitzende Pernsteiner: Machtmissbrauch in Kirche soll zu Reformen in der Amtsstruktur führen - Machtgefälle zwischen Männern und Frauen, Klerus und Laien aufheben, dazu "radikale Wende in der Sexualmoral"**

Wien, 07.03.2019 (KAP) Maßnahmen, "um unterschiedlichen Ausprägungen von Machtmissbrauch wirkungsvoll entgegenzutreten zu können", hat die Katholische Frauenbewegung Österreichs (kfbö) anlässlich des Weltfrauentages (8. März) gefordert. Es gelte "die Machtfrage zu stellen" und durch strukturelle Veränderungen in Kirche und Gesellschaft Missbrauch zu verhindern, erklärte kfbö-Vorsitzende Veronika Pernsteiner in einer

Aussendung am Donnerstag. In der Kirche sei der Kampf um Gleichberechtigung, wie auch die aktuelle Debatte um sexuellen Missbrauch offenkundig, "mehr als ein Gebot der Stunde".

Pernsteiner betrachtet Übergriffe durch Kirchenvertreter primär als Machtmissbrauch, und dieser wiederum sei "primär ein strukturelles Problem". In der Kirche brauche es deshalb "Reformen in der Amtsstruktur, die das beste-

hende Machtgefälle zwischen Männern und Frauen, Klerus und Laien aufheben, dazu eine radikale Wende in der Sexualmoral". Konkret plädierte Pernsteiner für die Öffnung aller Weiheämter für Frauen, um einem "den Missbrauch begünstigenden Klerikalismus" entgegenzutreten. Geeigneten Männern wie Frauen seien alle Ämter zugänglich zu machen. Die erforderliche Trennung von Weihe- und Leitungsamt in der Kirche solle "Macht verteilen helfen", so die kfbö-Vorsitzende weiter. "Geistliche Macht", die im Wehesakrament verliehen wird, dürfe nicht im Sinne von "beherrschen" verstanden werden, sondern im Sinne von "ermächtigen".

Überall, wo Menschen Gerechtigkeit und Chancengleichheit verwehrt würden, "hierarchische statt partizipative Ordnungen" wirksam seien, drohe Machtmissbrauch, wies Pernsteiner hin. "Frauen haben das über lange Jahrhunderte leidvoll erfahren." Dies verlange genaues Hinsehen, die Entwicklung neuer Perspektiven und deren konsequente Umsetzung. Macht als Spielraum dafür, Interessen durchzusetzen, müsse nach den Worten der kfbö-Vorsitzenden generell im Dienst der Menschenwürde und der Förderung von Gerechtigkeit und Gemeinwohl stehen.

Die Missbrauchsdebatte habe zuletzt einen Anstoß zur vertieften Reflexion gegeben: Die katholische Frauenbewegung Österreichs teile

mit einer Reihe von Fachleuten wie etwa den Jesuiten Klaus Mertes und Ansgar Wucherpennig die Analyse, dass es eine neue strukturelle Ordnung in der Kirche brauche, die auch die Öffnung aller Weiheämter für Frauen umfasse. Es gehe darum, die Glaubwürdigkeit der Kirche aufrechtzuerhalten und wiederherzustellen, wo nötig. "Wir wollen Kirche gestalten, gemeinsam mit Männern, in geteilter Macht", hielt Pernsteiner fest.

### **Teilhabe in Gesellschaft insgesamt**

Gleiches gelte für die Gesellschaft insgesamt: Das bedeute Engagement in Fragen der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Einsatz für eine geschlechtergerechte Verteilung von Ressourcen und Teilhabechancen. "Es geht uns darum, Spielräume zu schaffen und dafür zu nutzen, die Interessen von Frauen und Männern als aufeinander bezogene Gemeinschaft abzugleichen und durchzusetzen", sagte Pernsteiner.

"Frauen stärken" sei ein Grundsatz der Bildungs- wie spirituellen Arbeit der Katholischen Frauenbewegung. Im Herbst startet die kfbö unter dem Motto "einmischen/aufmischen/mitmischen" einen zweijährigen Themenschwerpunkt rund um Partizipation und Demokratie.

## **Katholische Aktion begrüßt verpflichtenden Ethikunterricht**

### **Konfessioneller Religionsunterricht sei zukunftssträchtiges Modell mit großem Mehrwert für Schüler und Gesellschaft**

Wien, 07.03.2019 (KAP) In der Einführung eines verpflichtenden Ethikunterrichts für jene Schüler, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen, sieht die Katholische Aktion Österreich (KAÖ) einen wichtigen bildungspolitischen Schritt. "Damit wird ein jahrzehntelanger, eigentlich untragbarer Zustand abgeschafft, nämlich, dass es junge Menschen gibt, die das ganze Schulsystem durchlaufen, ohne jemals Wissen über Werte und Religionen vermittelt bekommen zu haben", erklärte KAÖ-Vizepräsident Armin Haiderer in einer Aussendung am Donnerstag. Gleichzeitig begrüßte die KAÖ, dass der konfessionelle Religionsunterricht in der jetzigen Form bestehen bleibe, denn die religiöse Dimension von Bildung sowie religiöse Bildung sei "ein we-

sentliches Element der Allgemeinbildung", so KAÖ-Präsident Leopold Wimmer.

"Für uns ist der konfessionelle Religionsunterricht auch weiterhin ein zukunftssträchtiges Modell mit einem großen Mehrwert für Schüler und die Gesellschaft im Ganzen", erklärte Wimmer. Der konfessionelle Religionsunterricht lege zudem eine wichtige Basis für einen interreligiösen Dialog auf Augenhöhe. "Dieser kann nur seriös und fruchtbar von statten gehen, wenn es eine entsprechende Rückbindung an die eigene Glaubensgemeinschaft gibt", meinte Wimmer.

Der KAÖ-Präsident verwies auch auf das Schulorganisationsgesetz, in dem es heißt: "Die österreichische Schule hat die Aufgabe, an der Entwicklung der Anlagen der Jugend nach den sittlichen, religiösen und sozialen Werten, sowie

nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen durch einen ihrer Entwicklungsstufe und ihrem Bildungsweg entsprechenden Unterricht mitzuwirken."

Die Freistunde bei einer Abmeldung als Konkurrenz des Religionsunterrichts falle künftig weg, erklärte KAÖ-Vizepräsident Haiderer. Davon würden sowohl Ethik- als auch Religionsunterricht profitieren - "von den Schülern und Schülerinnen ganz zu schweigen. Ich denke, der auf dem Tisch liegende Vorschlag ist die bestmögliche Lösung", so Haiderer.

### **Seit 1997 Schulversuche**

An österreichischen Schulen gibt es seit 1997 den Schulversuch Ethik. Derzeit wird an 211 AHS-Oberstufen bzw. berufsbildenden mittleren oder höheren Schulen (BMHS) Ethik als Pflichtgegenstand für Schüler angeboten, die keinen Religionsunterricht besuchen. Hintergrund für die seit den 1990er Jahren immer wieder geführte Dis-

kussion um den Ethikunterricht ist die gesellschaftliche Entwicklung: In den vergangenen Jahrzehnten stieg der Anteil der Personen ohne Religionsbekenntnis ständig an - von vier Prozent im Jahr 1951 auf 17 Prozent 2017. Außerdem können auch Angehörige einer Religionsgemeinschaft vom Religionsunterricht abgemeldet werden - zunächst durch die Eltern, ab 14 Jahren können dies Schüler selbstständig auch ohne Einwilligung der Erziehungsberechtigten.

Bekenntnislose und von Religion abgemeldete Schüler haben derzeit ohne Schulversuch eine Freistunde. An Schulen mit Schulversuch müssen sie dagegen verpflichtend am Ethikunterricht teilnehmen, was die Abmeldung vom Religionsunterricht tendenziell unattraktiver macht. Eine freiwillige Teilnahme von Bekenntnislosen am Religionsunterricht als Freigegegenstand war bisher möglich und soll es auch bleiben.

## **Kärnten: Ordensmann mahnt in Kirche "wertschätzenden Umgang" ein**

**Jesuit P. Ettl in Kärntner Kirchenzeitung zur aktuellen Situation in der Diözese Gurk: "Darin, dass Missstände publik geworden sind, liegt Chance und Hoffnung"**

Klagenfurt, 07.03.2019 (KAP) Der Jesuit und langjährige offizielle Ehe- und Familienseelsorger der Diözese Gurk, P. Reinhold Ettl, plädiert dafür, dass in der Kirche in Kärnten "in Zukunft eine Kultur des wertschätzenden Umgangs miteinander gepflegt wird". Der Ordensmann äußerte sich in der jüngsten Ausgabe der Kärntner Kirchenzeitung "Sonntag". Ettl wörtlich: "Wir leben in einer Aufdeckungsgesellschaft, in der vor allem Missstände, Versagen, Mängel - und zwar 'bei den anderen' - aufgespürt und angeklagt werden. Jeder, jede Gläubige kann sich bemühen, nicht so sehr 'die anderen' zu beschuldigen, sondern im eigenen Haus auf Ordnung zu achten." Für wertvoll und wichtig erachtet der Ordensmann "das Gebet um einen neuen Bischof als Hirten der Diözese und um ein achtsames Miteinander im Volk Gottes".

Ettl würdigte das pastorale Engagement von Bischof Schwarz: "Ich schätzte, wie er den Menschen zu begegnen suchte, immer wieder die passenden Worte fand und das Wort Gottes verkündete." Ihm seien aber auch "manche Schwächen" des Bischofs bekannt gewesen: "Als ich aber durch die Berichte des Domkapitels und in den Medien von den Missständen in den Mensal-

gütern hörte, war ich entsetzt. Dass die Menschen in Kärnten und darüber hinaus, vor allem auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diözese, sehr irritiert und verärgert sind, darf nicht wundern."

Auf die Spuren Jesu führe am ehesten, wenn "Versagen und Missstände ehrlich eingestanden werden - ohne beschönigende Worte -, klare Zeichen der Kurskorrektur und Wiedergutmachung gesetzt werden - Zeichen der Umkehr - und die Bitte um Vergebung erkennbar und hörbar ist".

Alle Verantwortlichen und Beteiligten seien zur Ehrlichkeit und Transparenz verpflichtet. "Darin, dass Missstände publik geworden sind, liegt Chance und Hoffnung", so Ettl. Er sprach sich für strukturelle Veränderungen in der Leitung und Verwaltung der Diözese aus. Dazu gehörten "verpflichtende Beratungsgremien für die Diözesanleitung mit entsprechender Transparenz und auch externe Kontrolleinstellungen, vor allem in den finanziellen und wirtschaftlichen Belangen, wie sie auch sonst in der Wirtschaft und im öffentlichen Leben üblich und hilfreich sind".

Es gebe in der Kärntner Kirche "viele Zeichen, dass Menschen Gutes tun". Mit Selbstverständlichkeit lebten sie Werte und ein Verhalten, wie es im Evangelium nahegelegt wird. Es sei wichtig,

diese Werte zu sehen und zu schätzen. Leider würden diese guten Ereignisse so stark überschattet von den Berichten über Missstände und Versagen, so Ettl.

## Aktion "Familienfasttag" in ganz Österreich angelaufen

**Katholische Frauenbewegungen veranstalten "Benefiz-Fastensuppenessen" in Landeshauptstädten und Pfarren - Frauenbewegung unterstützt mit Aktion "Familienfasttag" Hilfsprojekte im Ausmaß von rund 2,4 Millionen Euro - Aktion unterstützt Frauenprojekte und ermöglicht Bau von Energiesparöfen in Tansania**

Wien, 07.03.2019 (KAP) Mit Aschermittwoch ist in ganz Österreich die traditionelle Hilfsaktion "Familienfasttag" der Katholischen Frauenbewegung Österreichs (kfbö) angelaufen. Im Rahmen der Aktion laden die Frauenbewegungen der Diözesen auch heuer wieder zu "Benefiz-Fastensuppenessen" in Pfarren, den Landeshauptstädten und an öffentlichen Orten ein, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen und Spenden zu sammeln. Die Fastensuppenessen sind inzwischen zu einem Markenzeichen des "Familienfasttags" geworden, zu denen jedes Jahr führende Persönlichkeiten aus Kirche, Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft kommen. Insgesamt bringt die kfbö mit der Aktion jährlich rund 2,4 Millionen Euro auf und unterstützt so mehr als 100 Frauen-Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika. Schwerpunktland ist heuer Tansania.

Eröffnet wurde die Aktion "Familienfasttag" traditionell am Aschermittwoch mit öffentlichen Fastensuppenessen in den Diözesen Feldkirch, Graz-Seckau und Innsbruck. Beim Fastensuppenessen vor dem Stadtturm in der Innsbrucker Altstadt würdigte Bischof Glettler die Aktion der kfb und bedankte sich für die vielen Initiativen im In- und Ausland. Durch dieses Engagement würden wichtige Zeichen gesetzt werden, so der Innsbrucker Bischof. Im Rahmen der Aktion laden die Frauenbewegungen der Diözesen bereits seit 1958 zum "Benefiz-Fastensuppenessen" ein. Die Aktion wird österreichweit unter dem Motto "Teilen spendet Zukunft" durchgeführt.

In der Diözese Feldkirch lud die kfb am Mittwoch im Anschluss an den Aschenritus mit Bischof Benno Elbs zum traditionellen Suppenessen ins Bregenzer Landhaus ein. In Graz haben gleich drei Aktionen die Fastenzeit gemeinsam begonnen: "Aktion Familienfasttag", "Autofasten" und "Gerecht leben - Fleisch fasten". Die Organi-

sationen luden am Donnerstag zu einer Sonderstraßenbahnfahrt ein, bei der sie ihr gemeinsames Leitthema "Fasten für ein gutes Klima" vorstellten und den Zusammenhang zwischen individuellem Verhalten und dem Klima in Bewusstsein riefen.

Offizieller "Familienfasttag" ist heuer der 15. März. Rund um diesen Termin finden österreichweit in den Pfarren Sammlungen und Benefizsuppenessen statt. In Wien lädt die kfbö am 11. März zum Benefizsuppenessen in die Technische Universität Wien ein. Eröffnet wird die Veranstaltung um 17.30 Uhr durch TU-Vizektorin Anna Steiger, kfbö-Vorsitzende Veronika Pernsteiner und Bischof Werner Freistetter.

In der Diözese St.Pölten findet das Benefiz-Suppenessen am Dienstag, den 12. März statt. Kfb-Vorsitzende Anna Rosenberger lädt dazu ab 12 Uhr in das Niederösterreichische Landhaus ein. Der oberösterreichische Landeshauptmann Thomas Stelzer lädt am 15. März zum Fastensuppenessen zugunsten der Aktion "Familienfasttag" in das oberösterreichische Landhaus ein. Zum Benefizsuppenessen kochen drei Ordensgemeinschaften auf: die Salvatorianerinnen, die Marianisten und die Elisabethinen.

Am 21. März begrüßen der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und die kfb der Diözese Graz-Seckau Ehrengäste aus Kirche, Politik und Wirtschaft im Weißen Saal der Grazer Burg zum Suppenessen. In der Erzdiözese Salzburg stehen gleich zwei Benefiz-Suppenessen am Programm: am 22. März lädt die kfb Salzburg zum Suppenessen ab 12 Uhr in die Residenz Salzburg, am 29. März findet das Suppenessen beim prominenten Stanglwirt in Going am Wilden Kaiser statt.

In der Diözese Eisenstadt lädt die kfb gemeinsam mit Diözesanbischof Ägidius Zsifkovic, Militärkommandant Brigadier Gernot Gasser und

Militärbischof Werner Freistetter am 29. März zum Benefiz-Suppenessen in die Martin-Kaserne.

### **Schwerpunktland Tansania**

Unter dem Motto "Wandel wagen! Gemeinsam für eine Zukunft aus eigener Kraft." sammelt die kfbö in diesem Jahr für das ostafrikanische Tansania. Mittels Workshops, Youtube-Videos oder Liturgiebehelfen wolle man das Bewusstsein für systemische Zusammenhänge schaffen und auf das heurige Modellprojekt in Tansania aufmerksam machen, so die kfbö in einer Aussendung am Donnerstag. Konkret unterstützt werde die Partnerorganisation "WODSTA" im Norden Tansanias, die den Alltag der Frauen durch die Herstellung gesundheitsschonender Energiesparöfen erleichtere und das Pflanzen von Baumsetzlingen unterstütze.

In dem ostafrikanischen Land sollen fast 70 Prozent der Menschen keinen Zugang zu elek-

trischer Energie haben und müssten mit Holz auf offenem Feuer kochen, obwohl Holz knapp sei und die Abholzung der Wälder die Wasserversorgung gefährde. Indem die Frauen ihre eigenen Energiesparöfen produzieren und mittlerweile auch für andere herstellen und verkaufen, könnten sie ihre Einkommenssituation verbessern und gleichzeitig die Umwelt schonen, erklärte die kfbö.

Die Aktion startete 1958 mit dem Motto "Blicken wir über den Tellerrand hinaus!". Damit entstand Europas erste große kirchliche Spendenaktion gegen den Hunger in der Welt. Über 60 Jahre später ersammelt die Aktion mit Hilfe ihrer vielen Benefizsuppenessen ein jährliches Spendenaufkommen von bis zu 2,4 Millionen Euro und unterstützt so mehr als 100 Frauen-Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika.

(Weitere Informationen: [www.teilen.at](http://www.teilen.at))

## **"Trauung für alle": Evangelische Synode ringt um Kompromiss**

**Delegierte aus ganz Österreich kommen am 9. März in Wien zusammen - Auf der Agenda steht umstrittene Frage einer kirchlichen Trauung für homosexuelle Paare**

Wien, 07.03.2019 (KAP) Das Ringen um einen möglichen Kompromiss in der Streitfrage "Trauung für alle" beschäftigt die Evangelische Synode A.B. schon vor deren Sondersitzung am Samstag, 9. März, in Wien. Mit den Superintendenten der Diözesen Oberösterreich, Gerold Lehner, und Niederösterreich, Lars Müller-Marienburg, haben sich am Donnerstag Vertreter unterschiedlicher Linien in dieser Frage zu Wort gemeldet. "Die Zeichen ... stehen alle auf Kompromiss", sagte Lehner den "OÖ Nachrichten", sein Amtskollege wiederum meinte im "Kurier": "Ein Kompromiss ist an dieser Stelle fast unmöglich." Die 170 Stellungnahmen, die zum Umgang mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aus den evangelischen Pfarrgemeinden in Österreich eingelangt seien, zeigten, "wie kontroversiell das Thema diskutiert wird".

Müller-Marienburg, der sich selbst öffentlich zu seiner Homosexualität bekannte, unterstrich sein Bestreben, dass in evangelischen Kirchen künftig auch gleichgeschlechtliche Paare getraut werden. Von den 170 Stellungnahmen seien 110 in diesem Sinne ausgefallen. Ihre Verfasser seien wie die 60 übrigen von der theologischen Richtigkeit ihrer Haltung überzeugt. Ein für den

niederösterreichischen Superintendenten denkbarer Kompromiss würde dahin gehen, die Segnungsgottesdienste für Hetero-Paare "Trauung" zu bezeichnen, jene für Schwule und Lesben aber "Segnung". "Schmerzhaft" wäre diese Lösung für ihn dennoch, denn damit würde gleichgeschlechtlichen Paaren signalisiert: "Ihr seid doch nicht ganz gleichwertig."

Superintendent Lehner fühlt sich - wie er den "OÖN" sagte - durch die anstehende Entscheidung nicht unter Druck. "Klar ist: Ehe ist Ehe. Und Ehe ist eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau mit der Offenheit, auch Kinder in die Welt zu setzen." Dieses Bild sei "sozusagen biblisch im Schöpfungsbericht zugrunde gelegt" und werde auch von Jesus aufgenommen. Zugleich steht für Lehner "außer Diskussion", dass gleichgeschlechtliche Liebe ein Phänomen sei, "mit dem wir gut umgehen müssen".

### **Beide argumentieren mit der Bibel**

Jutta Henner, evangelische Theologin und Leiterin der Österreichischen Bibelgesellschaft, wies in der Ö1-Sendereihe "Praxis - Religion und Gesellschaft" am Mittwoch auf die der Kontroversen zugrunde liegende Frage hin, wie die Bi-

bel zu verstehen ist. Sowohl die Befürworter als auch die Gegner einer "Trauung für alle" würden sich auf die Schrift berufen. Die Gegner würden Passagen wie jene im Römerbrief des Paulus wörtlich nehmen, wonach es ein widernatürliches Verhalten sei und der Schöpfungsordnung widerspreche, wenn "Männer bei Männern liegen". Die Befürworter würden - so Henner - mit der grundlegenden Barmherzigkeit Jesu argumentieren, mit dessen Option für Randgruppen und Bereitschaft, aus Menschenfreundlichkeit auch Regeln außer Kraft zu setzen.

Dass evangelische Christen davon abrücken, Ehe wie Martin Luther als "weltlich Ding"

im Sinne einer vertraglichen Vereinbarung zu deuten, hat laut der Bibelwissenschaftlerin mit einer "Inkulturation des katholisch-sakramentalen Eheverständnisses" im evangelischen Bereich zu tun. Henner unterstrich zudem, dass die sexuelle Orientierung keinesfalls die Mitte des christlichen Glaubens betreffe und Fragen wie soziale Gerechtigkeit oder Einsatz für Schwache viel wesentlicher seien. Auch vor diesem Hintergrund hoffe sie, dass es in einer "kleinen Kirche mit großer Geschichte" in dieser Frage zu keinen Bruchlinien kommt.

## Orden und Sozialakademie erklären die christliche Soziallehre

**Neue Video-Reihe soll Grundprinzipien einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen - Sozialakademie-Direktorin Holztrattner: "Reflektieren, welche sozialen Strukturen eine Gesellschaft braucht, damit alle Menschen gut in ihr leben können"**

Wien, 07.03.2019 (KAP) Mit einer neuen Video-Reihe wollen die Katholische Sozialakademie Österreich (ksoe) und die heimischen Ordensgemeinschaften die christliche Soziallehre einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen. Die sechs Prinzipien Personalität, Gemeinwohl, Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit und Option für die Armen werden in jeweils dreiminütigen Videos von ksoe-Direktorin Magdalena Holztrattner erklärt, hieß es in einer Aussendung am Donnerstag.

Sr. Beatrix Mayrhofer, Präsidentin der Vereinigung der Frauenorden, bezeichnet in der Aussendung die christliche Soziallehre mit ihren sechs Prinzipien als "Faustregel der Verantwortung". Heute würden von manchen die Grundlagen des Sozialstaates oder die allgemeine Gültigkeit der Menschenrechte in Frage gestellt. Der christlichen Soziallehre gehe es hingegen um ein gutes Leben für alle, ohne Ausgrenzung und Gewalt.

"Die christliche Soziallehre ist nicht Kochrezept, sondern wie ein Kompass", so ksoe-Direktorin Holztrattner: "Ein Kompass gibt die Richtung vor, beschreibt aber nicht, welche Schritte uns zum Ziel führen. Er hilft uns beim Orientieren, wenn wir nicht weiterwissen, erfordert aber dennoch, unseren Weg selbst zu planen." Es gelte zu reflektieren, "welche sozialen Strukturen eine Gesellschaft braucht, damit alle Menschen gut in ihr leben können".

Bischof Werner Freistetter würdigte in einer Aussendung die neue Medieninitiative. "Mit diesem innovativen Bildungsangebot vermittelt die Katholische Sozialakademie Österreichs die Katholische Soziallehre auf zeitgemäße Art und Weise." Die heimischen Bischöfe seien dankbar für diese neue Initiative, so Freistetter, der in der Bischofskonferenz der zuständige Referatsbischof für die Katholische Sozialakademie ist.

Als Einrichtung der Bischofskonferenz sei die Sozialakademie seit nunmehr 60 Jahren für die Vermittlung, Erforschung und Umsetzung der Soziallehre der Kirche tätig und leiste mit dieser Bildungsinnovation einmal mehr einen "zentralen Beitrag zur Sozialverkündigung der Kirche und zur sozialen Gewissensbildung in der Gesellschaft", so der Bischof.

### Grundlegende christliche Prinzipien

Das Prinzip der Personalität besagt, dass die Würde des Menschen als Person unantastbar ist. Sie ist nicht verdient, kann nicht verhandelt oder verkauft werden. Das Gemeinwohlprinzip hat das Wohlergehen der ganzen Gemeinschaft zum Ziel, das über das Befinden einzelner Menschen hinausgeht. Das erstrebte größtmögliche Glück der Einzelnen hat damit seine Begrenzung im Gemeinwohl.

Weil alles mit allem verbunden ist, sind alle füreinander verantwortlich. - Das meint das Solidaritätsprinzip. Der Mensch ist ein Bezie-



hungswesen und darauf angewiesen, sich in der Beziehung zu einem Gegenüber zu entfalten und zu wachsen. Sich solidarisieren bedeutet demnach, sich bewusst in die Lage anderer, ja auch Fremder zu versetzen. Letztlich geht es darum, sich der gemeinsamen Menschheitsfamilie zu erinnern, weil alle auf dem gleichen Planeten Erde leben und voneinander abhängig und für einander verantwortlich sind.

Wo Individuen bzw. kleinere soziale Einheiten ihre Angelegenheiten selbst bewerkstelligen können, darf die übergeordnete Einheit (etwa der Staat) Hilfe nur anbieten. Wo die Kräfte der kleineren Einheit nicht reichen, ist es Aufgabe der größeren Einheit, unterstützend einzugreifen. - Das besagt das Subsidiaritätsprinzip.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit fragt danach, ob der heutige Wohlstand auf Kosten der

sozialen und ökologischen Existenzbedingungen anderer Menschen bzw. auch folgender Generationen aufgebaut ist.

Das Prinzip der Option für die Armen ist wie eine Sehhilfe, die den Blick dafür schärft, ob eine Gesellschaft gerecht gestaltet ist oder einseitige Interessen einer kleinen Gruppe fördert. Man erkennt strukturelle Schieflagen oder Ungerechtigkeiten relativ leicht, wenn man durch die Brille derjenigen sieht, die arm, benachteiligt und von gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen sind. Die Gerechtigkeit einer Gesellschaft zeigt sich also daran, wie sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht.

(Infos: [www.ordensgemeinschaften.at](http://www.ordensgemeinschaften.at) bzw. [www.ksoe.at](http://www.ksoe.at))

## Wien: Nationalratsabgeordnete besuchten St. Elisabeth-Stiftung

**Abgeordnete Gudrun Kugler und Norbert Sieber dankten Mitarbeitern der Einrichtung der Erzdiözese Wien für "großes Engagement" - Stiftung will Frauen neue Perspektiven und Chancen für Zukunft schenken**

Wien, 07.03.2019 (KAP) Die beiden Nationalratsabgeordneten Gudrun Kugler und Norbert Sieber haben am Dienstag die St. Elisabeth-Stiftung der Erzdiözese Wien in Wien-Margareten besucht. Sie verschafften sich dabei einen "für unsere politische Arbeit wichtigen" Einblick in die tägliche Arbeit der Mitarbeiter und dankten diesen für ihr "großes Engagement" für Frauen, Mütter und Familien, hieß es in einer Aussendung der Stiftung am Donnerstag. Bei einem gemeinsamen Gespräch ging es vor allem um Möglichkeiten, politisch auf die Bedürfnisse von Schwangeren, Müttern und Kindern einzugehen und neue Wege der Nächstenliebe.

Kugler und Sieber engagieren sich seit Jahren für die Rechte von Familien in Österreich. Kugler stehe für den umfassenden Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte durch die Politik. Als vierfache Mutter könne sie sehr gut nachvollziehen, wie wichtig es sei, jeder Mutter ein behutsames und sorgenfreies Zuhause anzubieten, hieß es in der Aussendung weiter.

Die Mitarbeiter der Familien-, Rechts- und Schwangerenberatungsstelle unterstützen Frauen und deren Familien in der Zeit der Schwangerschaft bis zum zweiten Lebensjahr des jüngsten Kindes bei Problemen in sozialen, rechtlichen

und finanziellen Angelegenheiten und versuchen so, für einen bestmöglichen Start ins Leben zu sorgen. Ziel sei es, auf die Bedarfslage der Zielgruppe zu reagieren und das Leistungsangebot zu erweitern, um eine bestmögliche Unterstützung und nachhaltige Wirkung für die Frauen zu erreichen, betonte Geschäftsführerin Nicole Meissner.

"Unser großes Ziel ist, den Frauen neue Perspektiven und Chancen für die Zukunft zu schenken. Dabei spielt die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Frauen im Gesundheits- und Sozialbereich sowie die Förderung der Gewaltprävention in den Familien eine große Rolle", führte Meissner weiter aus.

Konkret unterstützt die Stiftung unter dem Motto "Mama, du schaffst das!" schwangere Frauen, wohnungslose alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern und Familien in schwierigen Lebenssituationen. Das vielseitige Angebot umfasst eine Familien-, Rechts- und Schwangerenberatungsstelle mit dem ungeförderten Wohnprojekt Benedictus, zwei Mutter-Kind-Häusern, Startwohnungen sowie einer Webstube und Kreativwerkstatt. (Spendenmöglichkeit: IBAN: AT30 1919 0000 0016 6801; Spenden sind steuerlich absetzbar; Infos: [www.elisabethstiftung.at](http://www.elisabethstiftung.at))

## Salzburg: Klinikum Schwarzach feiert 175-jähriges Jubiläum

**Ordensspital ist Wirtschaftsmotor und Arbeitgeber für mehr als 1.500 Mitarbeiter - Zweitgrößtes Spital in Salzburg begeht Jubiläum mit Festakt und Veranstaltungsreihe rund um Themen Pflege, Spiritualität und Medizin**

Salzburg, 07.03.2019 (KAP) Das Kardinal Schwarzenberg Klinikum in Schwarzach feiert heuer sein 175-jähriges Bestehen. Bis heute werde das Ordensspital in der Tradition der Barmherzigen Schwestern geführt und habe sich seit seiner Gründung 1844 zu einem Wirtschaftsmotor für den gesamten Pongau entwickelt, heißt es in einer Aussendung des Klinikums. Das zweitgrößte Krankenhaus in Salzburg mit mehr als 1.500 Mitarbeitern biete neben einem medizinischen Leistungsspektrum auch "zuwendungs- und würdevolle, ganzheitliche Betreuung" an, so Sr. Katharina, Geschäftsführerin des Klinikums und eine von 12 Schwestern des Ordens in Schwarzach. Das Jubiläumsjahr 2019 begeht das Klinikum mit einem Festakt am 20. August - dem Tag, als die ersten Schwestern ihren Dienst begonnen haben - und einer Veranstaltungsreihe.

"Wir sind stetig auf Wachstumskurs", meinte Ludwig Gold, kaufmännischer Geschäftsführer des Ordensspitals, das mit 500 Betten ein wichtiger Arbeitgeber in der Region Pongau sei. Die medizinischen und pflegerischen Leistungen werde beständig erweitert, dadurch würde die Bevölkerung, aber auch der Tourismus profitieren, so Gold, der auch auf die gute Kooperation des Krankenhauses mit dem Land Salzburg und den umliegenden Gemeinden hinwies. Dies sei

auch Grund für den "guten Ruf" des Spitals, so Gold.

Im Zuge des 175-jährigen Jubiläums bietet das Klinikum eine eigene Veranstaltungsreihe an. So gibt es Infonachmittage rund um die Themen "Bauch" am 29. März, "pflegende Angehörige" am 17. Mai und einen "Tag der offenen Tür" am 21. September. Im Rahmen eines Infonachmittags am 8. November laden die Barmherzigen Schwestern in die Klausur ein.

Die Wurzeln des Ordensspitals gehen auf das Jahr 1844 zurück, als sieben Ordensfrauen in einem ehemaligen Missionshaus, das vom Fürsterzbischof Kardinal Schwarzenberg adaptiert wurde, ihren Dienst aufnahmen. Die Schwestern, die im Geiste des Heiligen Vinzenz von Paul und der Heiligen Luise von Marillac standen, hatten den Auftrag, kranke und verletzte Menschen zu versorgen.

Im Jahr 1876 wurde den Schwestern der gesamte Besitz übergeben. Seitdem wurde das Ordensspital kontinuierlich ausgebaut, etwa im Zuge des Baus der Giselabahn zwischen Salzburg und Tirol, dem Ende des Zweiten Weltkriegs und nach dem Großbrand im Jahr 1981. Seit 1958 verfügt das Haus über eine eigene Krankenpflegeschule und sei 2014 über ein eigenes "Kinderspital".

---

## V A T I K A N & R O M

---

### Papst teilt Aschenkreuz aus: "Versklavung durch Dinge beenden"

**Messe in Santa Sabina - "Wer Priorität auf äußeres Erscheinungsbild, Geld, Karriere oder sein Hobby legt, wird früher oder später von diesen Dingen beherrscht"**

Vatikanstadt, 06.03.2019 (KAP) Papst Franziskus hat die Fastenzeit mit der Aschermittwoch-Messe auf dem Aventin begonnen. Die Feier am Nachmittag begann traditionell mit einem Gebet und der Prozession von der Kirche des Benediktinergeneralats Sant'Anselmo zur nahe gelegenen Basilika Santa Sabina, die den Dominikanern anvertraut ist und in der Franziskus die Messe feierte.

Dabei teilte er das Aschenkreuz aus. In seiner Predigt rief er dazu da, sich "von der Illusion eines Lebens zu befreien, das dem Staub nachjagt".

Fastenzeit bedeute das Wiederentdecken, "dass wir für das Feuer geschaffen sind, das immer weiter brennt, nicht für die Asche, die sofort verglüht", sagte der Papst. Der Mensch sei für die Ewigkeit des Himmels und "nicht für den trüge-

rischen Schein des Irdischen" geschaffen, "zur Freiheit der Kinder Gottes, nicht zu einer Versklavung durch die Dinge". Es gelte, sich zu fragen, "auf welcher Seite stehe ich? Lebe ich für das Feuer oder für die Asche?"

Notwendig für das "Leben des Feuers" seien Gebet, Liebe und Fasten, so der Papst: "Das Gebet verbindet uns wieder mit Gott, die Liebe mit unserem Nächsten, das Fasten mit uns selbst."

Das Gebet befreie von einem horizontalen, flachen Leben, in dem man nur Zeit für das Ich finde die Liebe befreie von Besitzdenken, "von der Vorstellung, dass alles in Ordnung ist, wenn es in Ordnung ist für mich". Das Fasten schließlich lade ein, nach innen zu schauen und befreie von den Bindungen an die Dinge.

Wer die Priorität auf äußeres Erscheinungsbild, Geld, Karriere oder sein Hobby lege,

der werde früher oder später von diesen Dingen beherrscht, gab Franziskus zu bedenken: "Wenn wir für diese Dinge leben, werden sie zu Götzen, die uns benutzen, zu Sirenen, die uns verzaubern und uns dann abdriften lassen. Wenn das Herz jedoch an dem festhält, was nicht vergeht, finden wir uns selbst und werden frei."

Der Papst nannte die Fastenzeit "eine Gnadenzeit, die das Herz von Eitelkeiten befreien möchte", und eine Zeit "der Genesung von den Abhängigkeiten, die uns verführen". Die Schlichtheit des Kreuzes, das Schweigen Christi und seine Entblößung als Zeichen seiner Hingabe seien "Verweise auf die Notwendigkeit eines einfacheren Lebens, frei von zu viel Sorge für die Dinge", so der Papst in seiner Aschermittwochs predigt.

## Papst-Vertreter in Rom kritisiert Ausgrenzen von Laien

**Aus Sorge um die eigene zentrale Rolle gäben Priester oft nichts aus der Hand, mahnte Kardinalvikar De Donatis bei einem Gottesdienst im Beisein von Papst Franziskus**

Rom, 07.03.2019 (KAP) Der Stellvertreter des Papstes in der Diözese Rom, Kardinal Angelo De Donatis, hat sich selbstkritisch über das Ausgrenzen von Laien in der katholischen Kirche geäußert. Aus Sorge um die eigene zentrale Rolle gäben Priester oft nichts aus der Hand, sagte Kardinalvikar De Donatis bei einem Gottesdienst mit Geistlichen seiner Diözese am Donnerstag in Rom. Kleriker müssten "um Vergebung bitten", dass sie Laien misstrauten und keine Aufgaben delegierten.

Besonders junge Menschen würden "gedemütigt", indem man nicht auf sie höre und sie für Träumer halte. "Die Wahrheit ist, dass wir Alten nicht sterben wollen: An unsere alte Welt gewöhnt, stoßen wir Gott, der Neues entfachen will, Stöcke in die Speichen", sagte der Kardinal laut der italienischen Nachrichtenagentur SIR.

An dem traditionellen Gottesdienst in der Lateranbasilika zum Beginn der Fastenzeit nahm auch Papst Franziskus teil. Er hörte im Lauf der Feier persönlich die Beichte einiger Priester und spendete ihnen das Bußsakrament.

## Philippinischer Kardinal Quevedo wird 80: Noch 122 Papstwähler

**Bis Jahresende werden noch weitere acht Kardinäle aus dem Kreis der Papstwähler ausscheiden, unter ihnen bekannte Namen wie der frühere Sekretär von Papst Johannes Paul II., Stanislaw Dziwisz**

Manila, 07.03.2019 (KAP) Der philippinische Kardinal Orlando Beltran Quevedo wird am kommenden Montag 80 Jahre alt. Mit Erreichen dieser Altersgrenze scheidet er aus dem Kreis der Papstwähler aus. Damit sind künftig noch 122 der 223 Kardinäle der Weltkirche in einem möglichen Konklave stimmberechtigt. Bis Jahresende werden noch weitere acht Kardinäle die Altersgrenze von 80 Jahren erreichen. Unter ihnen sind der

emeritierte Krakauer Erzbischof und früherer Sekretär von Papst Johannes Paul II. (1978-2005), Stanislaw Dziwisz, der emeritierte Hongkonger Erzbischof John Tong Hon und Maroniten-Patriarch Kardinal Bechara Boutros Rai.

Quevedo stand der Erzdiözese Cotabato auf der südphilippinischen Insel Mindanao von 1998 bis November 2018 vor. Papst Franziskus erhob ihn 2014 in den Kardinalsstand. Mit der Er-

nennung eines zweiten Papstwählers von den Philippinen unterstrich Franziskus damals die Bedeutung des katholisch geprägten Landes. Die Philippinen stellen derzeit insgesamt drei Kardi-

näle. Quevedo gehört ebenso wie sein Nachfolger Angelito Lampon (69) der Ordensgemeinschaft der Oblaten der Unbefleckten Jungfrau Maria an.

---

## A U S L A N D

---

### Missbrauch nicht angezeigt: Bewährungsstrafe für Lyons Erzbischof

**Von französischem Gericht zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilter Kardinal Barbarin will Papst seinen Amtsverzicht anbieten - Anwälte kündigen Berufung an**

Paris, 07.03.2019 (KAP/KNA) Der französische Kardinal Philippe Barbarin ist zu sechs Monaten Bewährungsstrafe für die Nichtanzeige sexueller Übergriffe verurteilt worden. Diese Entscheidung verkündeten die Richter am Donnerstag in Lyon. Der Erzbischof von Lyon musste sich seit Anfang Jänner zusammen mit sechs anderen Geistlichen vor Gericht verantworten. Der heute 72-jährige Priester Bernard Preynat soll der Zeitung "La Croix" zufolge in den 1970er und 1980er Jahren in der Erzdiözese Lyon bis zu 70 Kinder missbraucht haben. Preynat selbst steht ein eigenes Verfahren noch bevor.

Barbarin, der seit 2002 Erzbischof von Lyon ist, bestritt während des Prozesses, vor 2014 von dem Missbrauch gewusst zu haben. "Ich sehe nicht, wofür ich schuldig sein soll", sagte Barbarin Anfang Jänner. Die Anwälte des 68-jährigen Kardinals kündigten an, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Barbarin teilte in einem kurzen Statement vor Medienvertretern mit, dass er Papst Franziskus seinen Amtsverzicht anbieten werde. "Ich nehme die Entscheidung des Gerichts zur Kenntnis und habe mich entschieden, zum Heiligen Vater zu gehen, um ihm meinen Rücktritt anzubieten", sagte der Kardinal. Papst Franziskus werden ihn in einigen Tagen im Vatikan empfangen.

Die Strafe für Barbarin kommt überraschend. Die Staatsanwaltschaft hatte sich im Jänner gegen eine Verurteilung des Kardinals ausgesprochen. "Ein Teil der Taten sind verjährt, und für die, die nicht verjährt sind, kann kein Straftatbestand festgestellt werden", wurde eine Staatsanwältin zitiert. Die Beschwerdeführer hatten Barbarin vorgeworfen, bereits 2007 entsprechende Vorwürfe gegen den Priester Bernard Preynat nicht weiterverfolgt zu haben. Die Vorsitzende Richterin Brigitte Verney erklärte am Mittwoch,

die Schuld des Kardinals beziehe sich auf sein Schweigen gegenüber den Behörden in den Jahren 2014 und 2015.

Der Prozess in Lyon wurde vom Opferverein "La Parole Liberee" initiiert. Zehn Mitglieder, ehemalige Pfadfinder und mutmaßliche Missbrauchsopfer des Priesters Preynat, traten als Nebenkläger auf. Mehrere Betroffene sagten vor Gericht aus und betonten, es gehe ihnen nicht um "Rache", sondern darum, dass "diese Personen der Kirche mein Leid sehen". Christian Burdet, der im Alter von elf Jahren missbraucht worden sein soll, sagte, die Angeklagten "hätten mein Leid abkürzen können, wenn sie die Taten aufgedeckt hätten".

In Frankreich sind alle Bürger gesetzlich verpflichtet, Verdachtsfälle sexualisierter Gewalt an Minderjährigen der Justiz zu melden. Barbarin gab an, erst 2014 von den Vorfällen erfahren zu haben, als das mutmaßliche Opfer Alexandre Hezez ihn kontaktierte. Doch die Informationen nach einem Treffen seien "vage" gewesen, so Barbarin. Und er habe nicht an eine Meldung bei der Justiz gedacht, "da die Fälle verjährt waren und das Opfer selbst bestätigt hat, dass es nichts mehr ändern könne", sagte Barbarin im Prozess.

Bereits 2016 war gegen den Kardinal wegen Nichtanzeige sexueller Übergriffe des gleichen Priesters ermittelt worden. Damals stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren nach einigen Monaten ein; es habe keine Hinweise auf eine Straftat Barbarins gegeben. Dass die Opfer ein von der Staatsanwaltschaft abgeschlossenes Verfahren nochmals aufrollen können, ist eine Besonderheit im französischen Justizsystem. In Frankreich wurden schon 2001 und 2018 zwei Bischöfe für die Nichtanzeige von Übergriffen zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Die Französische Bischofskonferenz wollte Barbarins Schritt am Donnerstag nicht kommentieren. In einer kurzen Stellungnahme auf der Website hieß es, man nehme das Urteil gegen den Kardinal zur Kenntnis und warte nun auf das Ergebnis der Berufungsverhandlung. Barbarins Ent-

scheidung, seinen Rücktritt beim Papst einzureichen, unterliege dem "persönlichen Gewissen" des Kardinals. Gleichzeitig bekräftigte die Bischofskonferenz ihre Entschlossenheit, gegen alle sexuellen Aggressionen vorzugehen, die Kleriker an Minderjährigen begehen.

## Religionsvertreter: Erinnerung an NS-Opfer unverzichtbar

### Vertreter der deutschen Bischofskonferenz, des EKD und der allgemeinen und orthodoxen Rabbinerkonferenz bei Treffen in Frankfurt - Bischof Neymeyr: Kirche muss Erbe antijüdischer Vorurteile überwinden

Frankfurt, 07.03.2019 (KAP/KNA) Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus gehört aus Sicht von Kirchenvertretern und Rabbinern "unverzichtbar zur politischen Kultur Deutschlands und Europas". Der Erfolg der Demokratie sei auch einer Gedenkkultur zu verdanken, "die weder das Unrecht der Vergangenheit noch das antisemitische und menschenverachtende Erbe der NS-Zeit verschweigt". Das erklärten am Donnerstag Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz, des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), der Allgemeinen und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz bei ihrem diesjährigen Treffen in Frankfurt am Main.

Äußerungen, dass die Erinnerungskultur überfrachtet sei, fänden sich schon in den 1950er Jahren, erklärte der Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz, Andreas Nachama. "Genau deswegen ist unsere gemeinsame Erinnerungsbearbeitung notwendig." Die Aufgabe heute sei, dafür zu sorgen, dass Völkermorde "möglichst nie wieder" passierten.

Julian-Chaim Soussan von der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland erklärte, er wolle die "Bedeutung der Erinnerungskultur für die Demokratie" zwar nicht schmälern. Allerdings dürften Juden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht auf eine Opferrolle festgelegt werden.

Es gelte, "den Reichtum der jüdischen Tradition und die Lebendigkeit des gegenwärtigen Judentums" stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Der Erfurter Bischof Ulrich Neymeyr, Vorsitzender der Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum der Deutschen Bischofskonferenz, erinnerte an die Vergebungsbitte von Papst Johannes Paul II. im Jahr 2000. Ein kritischer Blick müsse auch auf kirchliche Traditionen gerichtet werden, um das Erbe antijüdischer Vorurteile zu überwinden: "Da haben wir in der Kirche noch einen weiten Weg vor uns - auch in der Verkündigung und Katechese, denn viele Katholiken haben noch falsche Vorstellungen vom Judentum."

Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm unterstrich die Rolle einer "jüdisch-christlichen Überlieferung für eine öffentliche Erinnerungskultur". Er sagte: "Indem die Kirche gemeinsam mit den jüdischen Geschwistern öffentlich für das Gedächtnis der Opfer der Geschichte eintritt, indem sie verhindert, dass die Opfer von Ungerechtigkeit den endgültigen Tod durch das Vergessen erleiden, schafft sie die Voraussetzung für ein Erinnern, das gerade durch die Würdigung und Anerkennung vergangenen Leidens neues Leiden verhindert."

## Tschechien: Kardinal Duka reichte Anzeige wegen Missbrauchs ein

### Nach TV-Interview mehrerer Personen, die Priestern Missbrauch vorwerfen - Prager Erzbischof stand zuletzt wegen angeblicher Bagatellisierung von Missbrauchsfällen in der Kirche in der Kritik

Prag, 07.03.2019 (KAP) Der Vorsitzende der Tschechischen Bischofskonferenz, der Prager Erzbischof Kardinal Dominik Duka, hat eine Strafanzeige gegen unbekannt wegen sexuellen Miss-

brauchs eingereicht. Der böhmische Primas reagierte damit laut einer aktuellen Erklärung auf dem offiziellen Kirchenportal "Cirkev.cz" auf eine Sendung des öffentlich-rechtlichen Senders CTV

vom vergangenen Sonntag. Darin hatten drei Personen ausgesagt, als Kinder von Priestern sexuell missbraucht worden zu sein.

Er habe die Anzeige erstattet, weil es notwendig sei, dass die Polizei überprüfe, "ob diese Straftaten tatsächlich begangen worden sind, und wenn ja, dass die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden", so Kardinal Duka. Auch aus Sicht des Kirchenrechts und der Lehre der römisch-katholischen Kirche handle es sich um "Handlungen, die nicht toleriert, geschweige denn vertuscht oder verschwiegen" werden dürften.

Der Prager Erzbischof stand in den vergangenen Tagen öffentlich wegen angeblicher Bagatellisierung der Missbrauchsfälle in der Kirche in der Kritik, weil er in einem Interview mit dem italienischen Sky-TV am Rande des jüngsten Kinderschutz- und Antimissbrauchs-Gipfels in Rom von einer "teilweisen Hysterie" gesprochen hatte. Er habe sich dabei auf die "Medialisierung" eines konkreten "ziemlich problematischen Falles einer erwachsenen Person" bezogen, stellte Duka nun in seiner Erklärung fest. Details wolle er nicht preisgeben, um die betroffene Person nicht zu schädigen. Er stehe aber dazu, dass derartige Fälle "ein dankbares Thema für viele Journalisten und mitunter auch Juristen" seien. Warum dies so sei, überlasse er "den Lesern zur Überlegung", so der Prager Erzbischof.

In der Tschechischen Republik sprächen Regierungsunterlagen von rund 700 Missbrauchsfällen jährlich, in der katholischen Kirche des

Landes habe man aber nur zehn Fälle in den vergangenen 30 Jahren verzeichnet, fügte der Kardinal hinzu. In den meisten der Fälle seien die Strafen mangels vollständiger Beweise zudem nur bedingt verhängt worden.

In diesem Zusammenhang beharre er auf der Unschuldsvermutung, so Duka weiter. Er verwies auf den jüngst bekannt gewordenen Fall eines in Tschechien wirkenden polnischen Ordenspriesters. Dieser war 2011 von der katholischen Kirche wegen sexuellen Missbrauchs eines Ministranten suspendiert worden, Mitte Februar entschied ein staatliches Gericht, er sei zu Unrecht verurteilt worden. "Das Leben eines solchen Menschen liegt in Trümmern", mahnte Duka; man solle "weder auf der einen noch auf der anderen Seite Opfer kreieren".

Die tschechischen Bischöfe hätten schon vor Jahren Richtlinien erarbeitet, nach denen Bischöfe und Ordensobere verpflichtet seien, "jeden Fall in der kürzest möglichen Zeit den untersuchenden Organen der Polizei bekanntzugeben", so der Kardinal weiter. Ausdrücklich bedankte sich der Vorsitzende der Tschechischen Bischofskonferenz sowohl bei der Justiz als auch bei der Polizei. Die Zusammenarbeit mit beiden verlaufe seit vielen Jahren "auf hohem fachlichem Niveau, das die tiefsten und innersten Seiten des Menschen respektiert und die notwendige Diskretion bewahrt, damit die Opfer und ihre Familien nicht noch mehr traumatisiert werden".

## "Iustitia et Pax"-Appell an künftiges EU-Parlament

**Europäische kirchliche Kommissionen für Gerechtigkeit und Frieden fordern mehr Augenmerk auf soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte sowie Maßnahmen gegen Nahrungsmittelverschwendung und für den globalen Frieden**

Brüssel, 07.03.2019 (KAP/KNA) Mit Blick auf die Europawahl Ende Mai hat der Europa-Dachverband der kirchlichen Kommissionen für Gerechtigkeit und Frieden "Iustitia et Pax Europa" einen Appell an das künftige Parlament veröffentlicht. So müsse mehr Augenmerk auf soziale Gerechtigkeit gelegt werden, heißt es in den am Donnerstag vorgestellten Vorschlägen. "Die Entvölkerung großer Teile der Europäischen Union und die Verarmung derjenigen, die zurückbleiben, sind negative Nebenwirkungen des Binnenmarktes, die nicht toleriert werden dürfen." Nötig sei die Ge-

staltung einer "neuen und umfassenden europäischen Regionalentwicklungspolitik".

"Iustitia et Pax Europa" lenkt den Blick darüber hinaus auf ein "unannehmbar hohes Maß an Nahrungsmittelverschwendung". In der EU werde die Menge der Lebensmittelabfälle auf 88 Millionen Tonnen pro Jahr geschätzt, heißt es. Das nächste Europäische Parlament solle daher eine "verbindliche Zielvorgabe" einführen, um solche Abfälle auf EU-Ebene zu reduzieren. Dafür brauche es eine einheitliche und abgestimmte Methodik zur Messung von Lebensmittelabfällen.

Die Gruppe mahnt zudem mehr Bemühungen für den globalen Frieden ein. "In den letzten Jahren wurden im europäischen Binnenmarkt hergestellte Waffen in vielen Kriegen und bewaffneten Konflikten eingesetzt. Die EU ist der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt", so "Iustitia et Pax". Die EU habe 1998 einen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren aufgestellt - allerdings sei häufig gegen diese Regeln verstoßen worden. Die künftigen Abgeordneten müssten "den gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenexporten uneingeschränkt unterstützen und aktiv ein wirksames Sanktionssystem fördern".

Für die Achtung von Menschenrechten müssten sich multinationale Unternehmen in der

EU stärker einsetzen, heißt es darüber hinaus. "'Iustitia et Pax Europa' ersucht das nächste Europäische Parlament, weiterhin ein aktives Engagement der Europäischen Union mit den Vereinten Nationen für die Ausarbeitung eines internationalen rechtsverbindlichen Instruments zur Regelung der Aktivitäten multinationaler Unternehmen im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte zu fördern."

"Iustitia et Pax Europa" ist ein Zusammenschluss von mehr als dreißig nationalen Kommissionen für Gerechtigkeit und Frieden, die in Verbindung zu ihren jeweiligen Bischofskonferenzen stehen.

## Kirche in Südafrika erinnert an "stille Flüchtlingskrisen"

**Parlamentspfarrer Pearson: Krieg, Nahrungsmittelengpässe und Klimawandel haben "enorme Menschenmengen in die Flucht gezwungen" - Ein Viertel der knapp 69 Millionen weltweit Vertriebenen hat in Subsahara-Afrika Zuflucht gefunden**

Kapstadt, 07.03.2019 (KAP/KNA) Ein Vertreter der Südafrikanischen Bischofskonferenz hat an die Opfer der "stillen Flüchtlingskrisen" auf dem afrikanischen Kontinent erinnert. Diese stünden im Schatten anderer globaler Migrationsbewegungen in den USA und Europa, sagte Peter-John Pearson, Direktor des katholischen Parlamentsbüros (CPLD) in Kapstadt. In Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik oder dem Südsudan hätten Krieg, Nahrungsmittelengpässe und Klimawandel jüngst "enorme Menschenmengen in die Flucht gezwungen", so Pearson. Aufmerksamkeit erhielten diese Krisen aber kaum.

Pearson erinnerte darüber hinaus an die Tatsache, dass ein Viertel der knapp 69 Millionen

weltweit Vertriebenen in Subsahara-Afrika Zuflucht finde. Nach Afghanen und Syrern seien Südsudanesen die drittgrößte Flüchtlingsgruppe. Die meisten von ihnen lebten heute in Uganda und Kenia.

Lob äußerte der Parlamentspfarrer in diesem Zusammenhang für den UN-Migrationspakt. "Dieser ist eines der wenigen Zeichen der Hoffnung in einem globalen Klima, das der Notlage von Migranten und allen, die ihre Heimat unfreiwillig verließen, feindselig gesinnt ist", so Pearson. Migration sei eine der "meist umstrittenen und herausfordernden Zeiterscheinungen". Der Umgang damit sei eine Prüfung für die "Qualität unserer Menschlichkeit".

## Deutsches Martyrologium des 20. Jahrhunderts aktualisiert

**Um zahlreiche Lebensbilder von Märtyrern des 20. Jahrhunderts erweiterte Ausgabe soll im Mai auch Papst Franziskus persönlich überreicht werden**

Bonn, 07.03.2019 (KAP/KNA) In einer siebten, überarbeiteten und aktualisierten Neuauflage ist das zweibändige deutsche Martyrologium "Zeugen für Christus" erschienen. Das teilte die Deutsche Bischofskonferenz in Bonn mit. Gegenüber der vorigen Auflage von 2015 wurde es um zahlreiche Lebensbilder von Märtyrern des 20. Jahrhunderts erweitert, wie Herausgeber Helmut

Moll angekündigt hatte. Nunmehr sind annähernd 1.000 Glaubenszeugen in dem Werk erfasst.

Die neue Auflage enthält neue Einträge über Märtyrer, für die Selig- und Heiligsprechungsverfahren abgeschlossen, eingeleitet oder geprüft wurden. Zudem seien Erkenntnisse neuer Forschungen eingeflossen, die das Bild der

Glaubenszeugen schärften und differenzierten, hieß es. So gebe es etwa neue Monographien über Mitglieder der NS-Widerstandsgruppe "Weiße Rose" sowie über weitere Glaubenszeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Herausgeber und Autor des im Ferdinand Schöningh-Verlag erschienenen Martyrologiums ist im Auftrag der Bischofskonferenz der Kölner Prälat Helmut Moll. Er gab das Werk erstmals

1999 auf Anregung von Papst Johannes Paul II. (1978-2005) heraus. Die Publikation ist in vier Kategorien unterteilt: Opfer der NS-Zeit, der kommunistischen Verfolgung, "Blutzeugen" aus Missionsgebieten sowie Schicksale von Mädchen und Ordensschwwestern. Für das Werk haben rund 160 Fachleute Märtyrer-Porträts erarbeitet. Die neue Ausgabe solle Papst Franziskus persönlich am 8. Mai als Geschenk überreicht werden, hieß es.

## Bartholomaios gegen panorthodoxes Treffen über Ukraine-Problem

**Ökumenischer Patriarch lehnt Vorschlag des antiochenischen Patriarchen Youhanna X. ab - Hinweis auf die "vom kirchlichen und theologischen Standpunkt aus grundlose" Weigerung von vier Kirchen, am Konzil von Kreta 2016 teilzunehmen**

Wien, 07.03.2019 (KAP) Das Klima in der Orthodxie hat sich neuerlich verschärft, seit ein Brief bekannt geworden ist, in dem der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. den Vorschlag einer panorthodoxen Versammlung zur Lösung des Streits um die Ukraine ablehnt. In dem Schreiben an den Patriarchen von Antiochien, Youhanna X., stellt Bartholomaios fest, er habe "gute Gründe", von der Einberufung einer solchen Treffens der Oberhäupter aller autokephalen (eigenständigen) orthodoxen Kirchen abzusehen. Eine solche Diskussion wäre "nutzlos". Zugleich erinnert der Ökumenische Patriarch seinen Mitbruder in Antiochien daran, dass sich dessen Kirche geweigert habe, 2016 am Konzil von Kreta teilzunehmen.

Wörtlich heißt es laut der Stiftung "Pro Oriente" im Schreiben des Ökumenischen Patriarchen: "Vier orthodoxe Kirchen haben sich - vom kirchlichen und theologischen Standpunkt aus grundlos - geweigert, beim Heiligen Konzil anwesend zu sein, wofür es keine Entschuldigung gibt. Ihre altherwürdige Kirche war eine dieser Kirchen. Daher hat das Ökumenische Patriarch gute Gründe, von einem Treffen auf panorthodoxer Ebene abzusehen, das nutzlos wäre, da es nur zur Übereinstimmung führen würde, dass die Teilnehmer nicht übereinstimmen".

Nur aus "Liebe und Selbstverleugnung", ohne Eigeninteressen oder Druck von außen, habe Konstantinopel der Kirche der Ukraine "entsprechend den kirchlichen Traditionen und den heiligen Kanones" die Autokephalie verliehen - und zwar "mit dem einzigen Ziel der Einheit des ukrainischen Volkes und der Überwindung der Spaltung und des Schismas, um Millionen von Gläubigen wieder in die Arme der kanonischen Kirche zurückzuführen, denen sie in ungerechter

Weise entrissen worden waren", so Bartholomaios weiter. Es sei die gleiche Vorgangsweise gewesen wie bei den anderen neueren Autokephalien. Auch in diesen Fällen habe es kein panorthodoxes Konzil und keine gemeinsame Diskussion mit den autokephalen Schwesterkirchen gegeben. Diese Kirchen hätten die neuen autokephalen Kirchen anerkannt und die Namen der Oberhäupter dieser Kirchen seien in die "Diptychen" (die Ehrenlisten der Oberhäupter, für die bei orthodoxen Gottesdiensten gebetet wird) aufgenommen worden.

Der Heilige Synod von Antiochien hatte bereits im vergangenen Oktober die Einberufung einer panorthodoxen Versammlung zur Behandlung des Ukraine-Problems gefordert und davor gewarnt, dass eine "einseitige Sicht der Dinge" nicht der Einheit der Weltorthodoxie dienen werde. Auf das mit 24. Dezember datierte offizielle Schreiben von Patriarch Bartholomaios, in dem er die Oberhäupter aller autokephalen Kirchen aufgefordert, die aus dem "Vereinigungskonzil" vom 15. Dezember hervorgegangene neue "Orthodoxe Kirche der Ukraine" anzuerkennen, reagierte Patriarch Youhanna in seinem Antwortschreiben mit dem Vorschlag zur Einberufung einer panorthodoxen Versammlung.

Vor wenigen Wochen betonte Youhanna X. bei einer Begegnung mit dem russisch-orthodoxen Moskauer Patriarchen Kyrill, er lehne einseitige Lösungen für eine Anzahl von kirchlichen Problemen ab, weil das zur Spaltung der orthodoxen Welt führen werde. Er habe den Ökumenischen Patriarchen und andere hohe Kirchenverantwortliche immer wieder dringlich aufgefordert, vorhandene Probleme durch "Dialog, Verhandlungen, normale Gespräche" zu lösen.



### Retourkutsche für Kreta?

Die Formulierungen im jetzt bekannt gewordenen Brief des Ökumenischen Patriarchen werden in der orthodoxen "Blogosphäre" als Bestätigung dafür empfunden, dass die Autokephalie für die aus zwei schismatischen Gruppierungen hervorgegangene neue Kirche in der Ukraine eine "Antwort" auf die Nichtteilnahme der Kirchen von Antiochien, Georgien, Bulgarien und Moskau am Konzil von Kreta sei.

Auch der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion (Alfejew), hatte im September des Vorjahrs in einem Interview davon gesprochen, dass der Ökumenische Patriarch wegen der Nichtteilnahme der vier Kirchen zutiefst verletzt sei. Der Ökumenische Patriarch habe ihm selbst die Überzeugung dargelegt,

dass die Nichtteilnahme der vier Kirchen von Moskau initiiert worden sei.

Tatsächlich war die Nichtteilnahme zunächst von Antiochien ausgegangen, das wegen des Streits um die kirchenrechtliche Zuständigkeit für das Fürstentum Katar die eucharistische Gemeinschaft mit dem Patriarchat von Jerusalem abgebrochen hatte. In einer Erklärung des Heiligen Synods von Antiochien hieß es damals, ein Konzil könne nicht stattfinden, wenn die eucharistische Gemeinschaft zwischen zwei apostolischen Kirchen abgebrochen sei. Eine rein administrative Teilnahme an den Sitzungen des Konzils ohne Beteiligung an der eucharistischen Konzelebration komme nicht in Frage, weil dies der orthodoxen synodalen Tradition und der orthodoxen Ekklesiologie zutiefst widersprechen würde.

## Proteste begleiten Gebet der "Frauen der Klagemauer"

### Jüdisch-israelische Frauenrechtsgruppe begeht ihr 30-jähriges Bestehen

Jerusalem, 07.03.2019 (KAP/KNA) Die jüdisch-israelische Frauenrechtsgruppe "Women of the Wall" begeht ihr 30-jähriges Bestehen. Im Zentrum der dreitägigen Veranstaltung rund um den Internationalen Frauentag (8. März) steht das traditionelle Rosch-Hodesch-Gebet zum Beginn des jüdischen Schaltjahrmonats Adar II an der Klagemauer am Freitag, wie die Organisation auf ihrer Internetseite mitteilt. Kritiker der Frauenbewegung riefen laut Bericht der Tageszeitung "Jerusalem Post" zu Protesten auf.

Das Veranstaltungsprogramm erinnere an "drei Jahrzehnte als führende Stimme für Feminismus in Israel", so die Veranstalterinnen. Laut Medien werden zu dem Rosch-Hodesch-Gebet bis zu 1.000 Teilnehmerinnen erwartet.

Die national-religiöse Organisation "Hazon" sieht eine "Eroberung" der Klagemauer durch reformjüdische Strömungen und rief zu Demonstrationen gegen die Frauen und ihre Gebetszeit auf. Ein führender ultraorthodoxer Rabbiner appellierte an strengreligiös-jüdische Frauen und Schülerinnen, am Freitagmorgen den für Frauen reservierten Abschnitt an der Klagemauer in der Jerusalemer Altstadt zu füllen.

Die "Frauen der Klagemauer" kritisierten entsprechende Äußerungen laut Zeitung als "enttäuschend und hasserfüllt". Sie zielten darauf ab, das Volk zu spalten. Die Organisation will trotz

angekündigter Proteste an ihrem Programm festhalten. "Nichts wird uns davon abhalten, unsere Rechte auszuüben, in Übereinstimmung mit unseren Bräuchen und an der heiligsten Stätte für Juden zu beten", so die Gruppierung.

Die im Dezember 1988 gegründeten "Women of the Wall" setzen sich für Gebetsrechte von Frauen an der heiligsten Stätte des Judentums ein. Unter anderem fordern sie für Frauen das Recht, an der Klagemauer aus der Torah zu lesen und Gebetsschals und -riemen zu tragen. Das für die Klagemauer zuständige Rabbinat und orthodox-jüdische Vertreter sehen darin eine Verletzung des jüdischen Religionsrechts. Gleichzeitig kämpfen die "Frauen der Klagemauer" um Anerkennung ihrer Gebetsformen durch die zuständigen rechtlichen und religiösen Behörden in Israel.

Zu den Aktivitäten der Organisation gehören die Gebete jeweils zum Beginn des jüdischen Monats. In der Vergangenheit war es dabei wiederholt zu Zusammenstößen mit orthodox-jüdischen Demonstranten gekommen. Wiederholt nahm die Polizei Mitglieder der Gruppe fest. Im Streit um einen von Männern und Frauen gemeinsam nutzbaren Gebetsbereich an der Klagemauer für nicht-orthodoxe Gebete kommt es seit Jahren zu keiner Einigung.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presse- agentur" Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: <a href="mailto:redaktion@kathpress.at">redaktion@kathpress.at</a> E-Mail an die Verwaltung: <a href="mailto:buero@kathpress.at">buero@kathpress.at</a> Internet: <a href="http://www.kathpress.at">www.kathpress.at</a> Bankverbindung: Schelhammer&amp;Schattera Kto.Nr. 10.2343   BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	